

Medienmitteilung vom 27. Oktober 2020

Anlässlich der Sitzung der FDP-Fraktion des Kantonsrats vom 26. Oktober 2020 wurde insbesondere der Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 19/1 rege diskutiert – dazu gleich anschliessend, vorab jedoch zu anderen Themen:

Die FDP-Fraktion unterstützt weiterhin geschlossen die **Gesetzesinitiative für längere Ladenöffnungszeiten** und befürwortet deren Annahme.

Des Weiteren wurden das Für und das Wider zur **Motion betreffend Abschaffung der Sperrstunde im Gastgewerbe** diskutiert: Die Mehrheit der Fraktion sprach sich schliesslich dafür aus, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion als nicht erheblich zu erklären. Die Argumentation, dass die Möglichkeit eines Bewilligungsentzugs dazu dient, einzugreifen, sollten die Geschehnisse im Einzelfall (zum Beispiel im Hinblick auf Nachtruhestörungen) aus dem Ruder laufen, findet breite Unterstützung in der FDP-Fraktion.

Bezüglich der als Traktandum 9 aufgeführten **Oberaufsichtsbeschwerde betreffend Aufsicht und Kontrolle der Staatsanwaltschaft durch das Obergericht** ist die FDP-Fraktion der Auffassung, dass dem Antrag der JPK gefolgt werden kann und der Beschwerde somit nicht Folge geleistet werden soll, soweit darauf einzutreten ist.

Der **Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans 19/1** wurde ausgiebig besprochen: Während die Anträge zu den Bereichen «L4 Wald» und «L8 Gewässer» diskussionslos die Zustimmung der Fraktion finden, zeigt sich beim Thema «E11 Abbau Steine und Erden» Diskussionspotenzial. Sowohl die bereits im Bericht und Antrag der Kommission für Raum, Umwelt und Verkehr vom 3. Juli 2020 aufgeführten Pro- und Contra-Argumente als auch der Antrag der Kommissionsminderheit finden innerhalb der Fraktion Stimmen dafür und dagegen. Die FDP Fraktion befürwortet grossmehrheitlich die Anpassungen des Richtplans im Sinne der Anträge der Kommission bzw. des Regierungsrats. Eine auch in Zukunft sichergestellte Kiesversorgung, sowie die Wahrnehmung der Eigenverantwortung im Bereich der Deponien waren ausschlaggebend bei diesem Entscheid.

FDP-Fraktion
Zuger Kantonsrat